

Special | EU-Förderung | Polen

Förderung im Rahmen der Kohäsionspolitik

Polen will Kohäsionsmittel in den Energiesektor, in den Ausbau der Verkehrswege und in Automatisierungstechnik investieren. Konflikte mit der EU könnten die Auszahlung verzögern.

12.10.2021

Von Christopher Fuß | Warschau

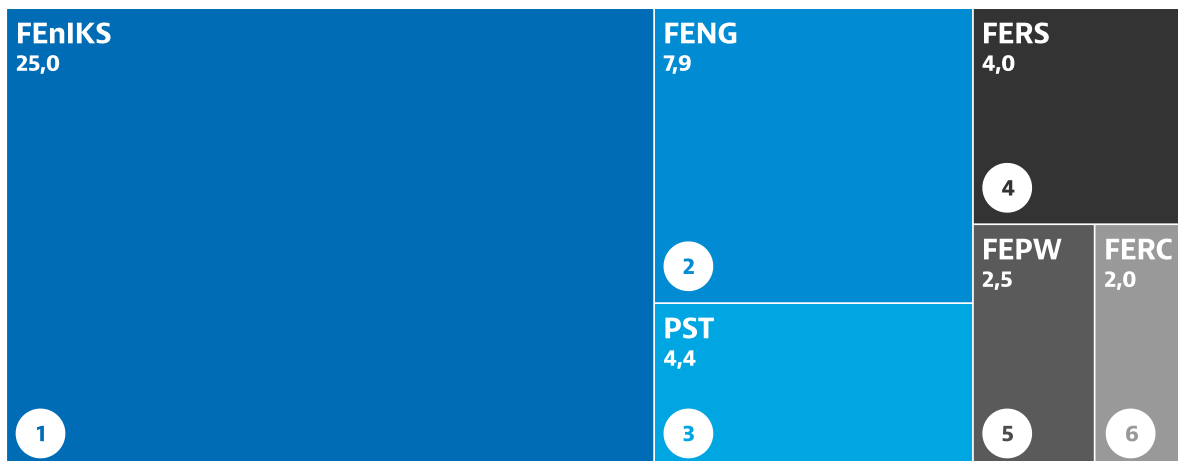
- ▶ Investitionsprogramme mit Chancen für deutsche Unternehmen
- ▶ Woiwodschaften setzen eigene Programme um
- ▶ Gelder fließen wahrscheinlich erst ab 2022
- ▶ Mehreren Regionen droht der Verlust von EU-Mitteln

Im Rahmen der [Kohäsionspolitik der Europäischen Union](#) (EU) kann Polen bis 2027 rund 75 Milliarden Euro abrufen. Die Gelder stammen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds. Außerdem hat Polen aufgrund seiner starken Kohleindustrie Zugriff auf den Fonds für einen gerechten Übergang, der Bergbauregionen beim nachhaltigen Umbau des Energiesektors unterstützt. Um die Mittel in Anspruch zu nehmen, muss Polen eine Partnerschaftsvereinbarung bei der Europäischen Kommission einreichen. Sie beinhaltet Entwicklungsziele und Investitionspläne.

Investitionsprogramme mit Chancen für deutsche Unternehmen

Von den Kohäsionsmitteln fließen 60 Prozent in sechs Landesprogramme. Die Maßnahmen stehen unter der Aufsicht des Ministeriums für Fonds und Regionalpolitik. Je nach Themenschwerpunkt sind weitere Ministerien an der Umsetzung beteiligt.

Ziele und Budgets der sechs Landesprogramme



insgesamt 45,8 Milliarden Euro

1

Europäischer Fonds für Infrastruktur, Klima und Umwelt (FEnIKS)

Unterstützt werden Projekte zur Emissionsreduktion sowie Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Außerdem fließen Gelder in den Ausbau der Straßen- und Schieneninfrastruktur.

4

Europäischer Fonds für gesellschaftliche Entwicklung (FERS)

Unterstützt werden der Ausbau der Kinderbetreuung, Bildungsmaßnahmen, zivilgesellschaftliche Initiativen und gesundheitsfördernde Maßnahmen.

2

Europäischer Fonds für eine moderne Wirtschaft (FENG)

Unternehmen und Forschungszentren erhalten Gelder für Projekte im Bereich Forschung und Entwicklung, sowie für die Einführung neuer Technologien in der Produktion.

5

Europäischer Fonds für Ostpolen (FEPW)

Regionen in Ostpolen erhalten Unterstützung beim Aufbau von Unternehmen, bei Projekten im Klima- und Umweltschutz, beim Ausbau von Verkehrswegen, bei zivilgesellschaftlichen Initiativen und beim Tourismus.

3

Gerechter Übergang (PST)

Regionen, in denen bislang der Bergbau eine wichtige Rolle spielt, erhalten Unterstützung bei der Energietransformation.

6

Europäischer Fonds für digitale Entwicklung (FERC)

Das Programm unterstützt den Ausbau des Breitband-Internets, die Entwicklung digitaler Dienstleistungen und Produkte sowie Projekte im Bereich Cybersicherheit.

Quelle: Polens Partnerschaftsvereinbarung, 2021

FÖRDERUNG IM RAHMEN DER KOHÄSIONSPOLITIK

Die in den Landesprogrammen angekündigten Investitionen eröffnen deutschen Unternehmen Absatzchancen. Im Rahmen der Maßnahme FEnKS fließen knapp 13 Milliarden Euro in den Ausbau von Straßen, Schienen und weiteren Verkehrswegen. Zusätzliche 4,9 Milliarden Euro sind für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für die Steigerung der Energieeffizienz eingeplant. Hier ist Deutschland ein führender Technologieanbieter.

Deutsche Maschinenbauer profitieren möglicherweise von dem Programm FENG. Unternehmen aus Polen, die ihre Produktion automatisieren und neue Anlagen installieren möchten, erhalten aus dem Topf Subventionen in Höhe von insgesamt 4,4 Milliarden Euro. Die übrigen Mittel aus FENG richten sich an Forschungseinrichtungen.

Insgesamt 500 Millionen Euro erhalten Betriebe mit Sitz in den wirtschaftlich schwächeren Landesteilen im Osten Polens, die ihre Produktion modernisieren. Darüber hinaus stehen aus dem Programm für Ostpolen rund 900 Millionen Euro für Infrastrukturprojekte bereit. Weitere Gelder fließen in zivilgesellschaftliche Initiativen.

Die Förderprogramme auf Landesebene erleichtern privaten und öffentlichen Auftraggebern aus Polen die Finanzierung ihrer Projekte. Je nach Woiwodschaft decken EU-Mittel zwischen 50 und 85 Prozent der anfallenden Kosten. Die Anschaffung neuer Produkte, beispielsweise aus Deutschland, wird dadurch günstiger. Hierbei gilt: Je höher das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in einer Region ausfällt, desto geringer die Quote der Kostenübernahme.

Woiwodschaften setzen eigene Programme um

Die übrigen 40 Prozent der Kohäsionsmittel gehen direkt an die 16 Woiwodschaften. Jede Region legt ihre geplanten Ausgaben in Operationellen Programmen fest (Regionalny Program Operacyjny; RPO). Die Leiter der örtlichen Regionalverwaltungen, die Woiwodschaftsmarschalle, betreuen die Projekte federführend.

Ähnlich wie die Landesprogramme konzentrieren sich auch die Maßnahmen der Woiwodschaften auf Themen wie Umbau des Energiesektors, Automatisierung sowie auf Forschung und Entwicklung. Die Regionen erhalten die Möglichkeit, eigene Schwerpunkte zu setzen. So planen die Gebiete an der Grenze zu Deutschland einen Ausbau der länderübergreifenden Verkehrsnetze.

Höhe der kohäsionspolitischen Mittel für die einzelnen Woiwodschaften

in Milliarden Euro



Die Woiwodschaften geben die Gelder im Rahmen von sogenannten Operationellen Programmen zwischen 2021 und 2027 aus.

Quelle: Polens Partnerschaftsabkommen, 2021

[Auf Datawrapper anschauen](#)

Gelder fließen wahrscheinlich erst ab 2022

Bis Ende Oktober 2021 will Polens Kabinett die Partnerschaftsvereinbarung verabschieden. Danach muss die Europäische Kommission den Plan noch abnehmen.

Laut der [EU-Verordnung 2021/1060](#) hat die Kommission drei Monate Zeit für Anmerkungen. Sollten keine Einwände vorliegen, tritt das Partnerschaftsabkommen spätestens vier Monate nach Abgabe in Kraft. Die Unterlagen für die einzelnen Landesprogramme und die RPO kann Polen später nachreichen.

Erste Gelder werden nach Einschätzungen der Regierung im 1. Quartal 2022 fließen. Bis alle Investitionspläne von der Europäischen Kommission genehmigt sind, könne laut der Tageszeitung Dziennik Gazeta Prawna noch einige Zeit vergehen. Verzögerungen sind nicht ungewöhnlich. Auch im Vorfeld der vorigen EU-Förderperiode 2014-2020 dauerte die Abnahme aller Projektvorschläge fast ein Jahr.

Tatsächlich fanden bereits informelle Treffen zwischen Kommissionsmitgliedern und Regierungsvertretern statt. Polen hofft, auf diese Weise den Genehmigungsprozess zu beschleunigen. Der zuständige Staatssekretär Waldemar Buda erklärte im Juli 2021: "Bevor wir das Partnerschaftsabkommen dem Kabinett vorlegen, möchten wir mit der Europäischen Kommission eine Einigung über die wichtigsten Punkte erzielen."

Mehreren Regionen droht der Verlust von EU-Mitteln

Diskussionsbedarf gibt es unter anderem beim Fonds für einen gerechten Übergang. Laut Europäischer Kommission soll der Fördertopf die Woiwodschaften Dolnośląskie, Wielkopolskie und Śląskie unterstützen. Polen möchte zusätzlich die Regionen Łódzkie, Małopolskie und Lubelskie berücksichtigen. Voraussetzung ist, dass alle Gebiete einen Plan für den Kohleausstieg vorlegen.

Die Kommission wünscht sich ambitioniertere Ausstiegspläne. Das Steinkohlebergwerk in Lubelskie will Polen beispielsweise nicht vor 2050 schließen. In der Nähe der Stadt Mystówice in Śląskie soll in naher Zukunft sogar eine neue Mine entstehen. Für den Braunkohletagebau Turów in Dolnośląskie hatte Polens Regierung noch im April 2021 die Erweiterung und den Weiterbetrieb bis 2044 genehmigt. Tschechien klagt vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Erweiterung. Turów liegt im Dreiländereck nahe der Grenzen zu Tschechien und Deutschland.

[Neben Diskussionen über den Zuschnitt des polnischen Justizsystems](#) belasten weitere Themen die Verhandlungen. Polens Verfassungsgericht entschied im Oktober 2021, Teile der EU-Verträge seien unvereinbar mit der polnischen Verfassung. Die Europäische Kommission könnte als Reaktion auf das Urteil Gelder zurückhalten, bis Polen den Vorrang des EU-Rechts anerkennt.

Es wäre nicht das erste Mal, dass Fördermittel nicht fließen. Bereits im September 2021 wurden Teile der Coronahilfen eingefroren. Hintergrund war die aus EU-Sicht diskriminierende Rhetorik polnischer Regionalpolitiker gegen sexuelle Minderheiten.

Dieser Beitrag gehört zu:

[EU-Förderung in Polen](#)


Mehr zu:

Polen
EU-Förderung
Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Fabian Möpert

Wirtschaftsexperte

 +49 30 200 099 209

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.